

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 37 (1962)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

rundschau

Förderung des Wohnungsbaues durch den Bund

Im Nationalrat begründete P. Steinmann ein Postulat, mit welchem er die Vollzugsverordnung zur Wohnbauförderungsvorlage in zwei Richtungen verbessern will: Inskünftig sollen die Bruttobaukosten ohne Einbezug der Landpreise berechnet werden; damit würde man den Kantonen mit hohen Landpreisen entgegenkommen. Ferner sollen für die zulässigen Einkommensgrenzen für den Bezug subventionierter Wohnbauten feste Minimalsätze mit genügenden Toleranzgrenzen fixiert werden.

Der Bund soll mehr tun gegen die Wohnungsnot

G. Borel lud im Nationalrat den Bundesrat durch ein Postulat ein, «den eidgenössischen Räten eine Botschaft und Anträge vorzulegen, mit dem Ziel, die Wohnungsnot mittels einer direkten finanziellen Hilfe des Bundes zu bekämpfen, die umfassender und weniger starr sein müßte als die geltende Regelung». Eindringlich wies der Postulant auf drei Umstände hin, die ein direktes Eingreifen des Bundes nötig machen: Das Ungenügen des privaten Wohnungsbaues angesichts profitabler industrieller und gewerblicher Bauvorhaben, das überhöhte Mietpreinsniveau und die jeweils mit der Erhöhung der Altmieten einhergehende Erhöhung der Neumieten und schließlich die rapide Bevölkerungszunahme.

Gegen die Teuerung

Nationalrat Sollberger richtete an den Bundesrat folgende Interpellation: «Die Lockerung der Mietzinskontrolle hat sich auch auf dem freien Wohnungsmarkt durch eine rapide und ungerechtfertigte Mietzinserhöhung ausgewirkt. Ist der Bundesrat nicht der Auffassung, daß diese Teuerung, deren wirtschaftliche und soziale Folgen unschwer zu erkennen sind, ohne Verzug durch geeignete Maßnahmen gebremst werden sollte?»

Wohnungsfürsorge für ausländische Arbeiter durch die AG Brown, Boveri & Cie. in Baden

Die Verknappung der einheimischen Arbeitskräfte und die damit verbundene starke Beschäftigung von Ausländern hat die AG Brown, Boveri & Cie. veranlaßt,

sich mit der Beschaffung von Unterkünften für die ausländischen Arbeiter zu beschäftigen. So ist im «Brisgi» ein großes Barackendorf entstanden, in welchem 1600 ausländischen Arbeitskräften Unterkunft und drei Mahlzeiten geboten werden. Die Ansprüche der Ausländer sind aber gewachsen. Deshalb wurde beschlossen, das alte provisorische Fremdarbeiterdorf stufenweise durch eine moderne Siedlung zu ersetzen. Diese wird im Endausbau gegen 3000 Arbeiter aufnehmen können und neben Wohnhäusern und einem großen Restaurationsgebäude über eine Post, Läden und Sportplätze verfügen.

Noch über 1000 Durchgangslager in Westdeutschland

Am 30. September 1961 befanden sich im Bundesgebiet einschließlich Saarland und Westberlin 1022 Durchgangslager mit 115 865 Insassen. Von den Insassen waren 80,2 Prozent Zuwanderer aus der Sowjetbesetzungzone. Verglichen mit dem Stand vom 30. Juni 1961 hat die Zahl der Durchgangslager um 14,7 Prozent und die Zahl der Insassen um 7,2 Prozent zugenommen. Diese Zunahme ist die Folge des starken Anwachsens des Flüchtlingsstroms aus der SBZ unmittelbar vor dem 13. August. Für alle diese Menschen müssen Wohnungen beschafft werden. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel fehlen noch 35 000 Wohnungen für die Sowjetzonenflüchtlinge.

Wohnbaufinanzierung in Österreich

Die österreichischen Bausparer haben ihre Sparleistungen bei den vier österreichischen Bausparkassen im Jahre 1961 gegenüber dem Vorjahr um rund 25 Prozent auf über eine Milliarde Schilling erhöht und tragen damit etwa ein Sechstel der Gesamtaufbringung zum österreichischen Wohnungsbau bei, der im laufenden Kalenderjahr etwas über sechs Milliarden Schilling erfordert. Rund zwei Sechstel der Gesamtaufwendungen für den österreichischen Wohnungsbau werden aus öffentlichen Mitteln aufgebracht. Weitere drei Sechstel der für den Wohnungsbau aufgewendeten Beträge stammen aus eigenen Mitteln der Bauwerber sowie aus Krediten von Banken, Sparkassen, Hypothekenanstalten, Volksbanken und Raiffeisenkassen. Die Baugelder, die von den österreichischen Bausparkas-

sen an ihre Bausparer zugeteilt werden, sind ausschließlich für die Finanzierung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen bestimmt. (Wohnen und Siedeln)

Der Wohnungsbau in Europa

Nach der von der UNO herausgegebenen Studie der ECE über die Tendenzen des Wohnungsbaues in Europa im Jahre 1960 zeigt die Zahl der fertiggestellten Wohnungen zum erstenmal seit einigen Jahren ein gewisses Nachlassen. Obwohl die Totalzahl der fertiggestellten Wohnungen nur um weniger als ein halbes Prozent zurückgegangen ist, entspricht doch der Fortschritt nicht mehr demjenigen des Jahres 1959, in dem ein Anstieg von 11 Prozent zu verzeichnen war. Immerhin blieb er noch im Rahmen der 11 Prozent Zunahme des Jahres 1958.

Vergleicht man die Zahl der im Jahre 1960 pro tausend Einwohner in den verschiedenen Ländern erstellten Wohnungen – was allerdings über den neuerstellten Wohnraum nichts aussagt –, so steht die Deutsche Bundesrepublik mit 10,5 in Westeuropa an der Spitze. Die Schweiz folgt mit 9,3, Schweden mit 9,1, Norwegen mit 7,5, Holland mit 7,4, Finnland mit 7,1 und Frankreich mit 7,0 Wohnungen pro tausend Einwohner. In Osteuropa führen die USSR mit 14,0 Wohnungen (1959: 14,5) pro tausend Einwohner.

Genossenschaften in Tanganjika

In Tanganjika hat die genossenschaftliche Idee im Vergleich zu Kenia und Uganda am stärksten Fuß gefaßt. Das ist möglicherweise auf die Tatsache zurückzuführen, daß ein Drittel aller Mitglieder der Nationalversammlung aktive Genossenschafter und vier Kabinettsminister und ein Staatssekretär ehemalige Genossenschafter in leitenden Positionen sind. Besonders auf landwirtschaftlichem Gebiet steht der Wohlstand des Landes in engem Zusammenhang mit der Genossenschaftsbewegung: die Genossenschaften vereinigen etwa einen Drittel des Exports auf sich. Im vergangenen Jahr betrug der Umsatz genossenschaftlicher Organisationen in landwirtschaftlichen Erzeugnissen 13,5 Millionen Pfund. Die Mitgliedschaft beträgt insgesamt 340 000, die Zahl der Genossenschaften ersten Grades 750.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften Tanganjikas produzieren hauptsächlich Baumwolle und Kaffee.